

Herr Gleß beschrieb den Sachstand zum KGP, Ziffer 6, der Vorlage.

Man habe mit der Bezirksregierung (BR) besprochen, ob es möglich sei, ggf. umzuschichten, die in Aussicht gestellte Ablehnung für die Südstraße heranzuziehen und die Maßnahme KGP auf die Südstraße legen, also einen Änderungsantrag stellen, die Südstraße dann realisieren und den KGP zu einem späteren Zeitpunkt neu beantragen.

Die zweite mögliche Variante wäre gewesen, mit der Planung für den KGP, wie sie jetzt ist, erneut in die Ausschreibung zu gehen, ein drittes Mal.

Die dritte Variante sei, jetzt mit den Mitteln aus dem vorliegenden Förderbescheid eine Umplanung vorzunehmen. Dabei sollen die beiden Gewerke, die sich bei Ausschreibung und Submission als schwierige Gewerke herausgestellt haben, umgestaltet werden. Und zwar so, dass ein klein wenig drum herum geplant wird. Die Umplanung solle berücksichtigen, dass man bei einer erneuten Ausschreibung auf der Grundlage einer Umplanung eher zum Ergebnis kommt.

Die erste Variante habe sich erledigt. Die BR habe das Umschichten befürwortet. Das Umschichten auf die Südstraße sei aber von Seiten des Fördergebers, Ministerium, nicht mitgetragen worden. Die BR habe es befürwortet, das Ministerium habe es abgelehnt.

Ein drittes Mal ausschreiben mit der gleichen Planung wolle er nicht, weil diese Maßnahme dann irgendwann so sehr verbrannt ist, dass schon aufgrund des Umstandes, dass man wieder ausschreibt, sich möglicherweise keiner mehr bewerben wird.

Insofern bleibe nur die dritte Variante. Dies bedeute umplanen. Damit sei die Verwaltung derzeit beschäftigt. Man habe einen ersten Workshop verwaltungsintern gemacht und wolle möglichst rasch umplanen, Man wolle den vorhandenen Förderbescheid nicht verfallen lassen, sondern weiter nutzen. Aber das bedeute, dass gerade für die schwierigen Gewerke, das Ingenieurbauwerk und die Pflasterung, geschmeidigere Lösungen gefunden werden, als die, die man bis dahin hatte.

Sobald die Planungen auf dem Tisch liegen, werde man sie natürlich wieder in der Sitzung vorstellen. Dann werde er definitiv einen politischen Beschluss dafür benötigen. Die Umplanung könne auch nur dann erfolgreich sein, wenn sie auf gemeinsamem Vorgehen und gemeinsamen Erkenntnissen beruht.

Herr Dr. Frank wollte wissen, ob es irgendwelche Tendenzen gibt, wie die Umplanung denn aussehen könnte oder ob man da noch in der Brainstorming-Phase ist.

Weiterhin wollte er wissen, warum die BR das Umschichten abgelehnt hat. Sei es möglich, dass das Programm landesweit deutlich überzeichnet ist, Sankt Augustin schon genug Geld bekommen hat und jetzt andere Kommunen an der Reihe sind?

Herr Gleß teilte mit, dass das Programm wieder einmal hoffnungslos überzeichnet ist. So sei es von der BR vermittelt worden, aber auch vom Ministerium.

Ein zweiter Grund sei aber auch, dass die BR gesagt hat, die Stadt Sankt Augustin solle sich erst mal auf den KGP konzentrieren, der wichtiger für die Stadt- und Zentrumsentwicklung sei als die Südstraße.

Wenn Förderprogramme überzeichnet sind, dann versuche man natürlich, Gründe zu finden. Damals sei ja auch der Antrag für das RSG abgelehnt worden. Da sei die Begründung gewesen, dass überhaupt keine Schulbaumaßnahmen in diesem Programmjahr gefördert werden. Zur Planung gebe es gewisse Tendenzen, was man anders machen könnte.

Die barrierefreie Zugänglichkeit des Marktplatzes müsse beibehalten werden. Der Aufzug sei für ihn ganz zwingend.

Die obere Verbreiterung, müsse in irgendeiner Weise generiert werden. Da gebe es unterschiedliche Möglichkeiten.

Die multifunktionale Nutzbarkeit des Platzes müsse ebenfalls gewährleistet sein, was wiederum bedeute, dass die Spielgeräte bleiben müssen. Wie das gestaltet wird, wisse er noch nicht.

Das seien die drei Fixpunkte, die auf jeden Fall bleiben werden.

Weitere Punkte, die aber auch bei der Ausschreibung keine Probleme bereitet haben, seien Fahrradständer in ausreichendem Maße, Beleuchtungskörper, und derartiges. Jetzt versuche man, ein vernünftiges Konzept zu basteln, wobei er heute noch nicht so ganz sagen könne, wie es aussieht.

Herr Günther wollte wissen, ob die Umplanung KGP beide Teile betrifft. Sie seien ja mal getrennt worden in zwei Bereiche, also die eigentliche Marktplatz und den Bereich in Richtung Konrad-Adenauer-Stiftung.

Außerdem wollte er wissen, ob oder wie weit in das Brückenbauwerk eingegriffen werden muss, um es zu stabilisieren. Er habe der Presse entnommen, dass da irgendwelche Stützen zusätzlich notwendig sind.

Außerdem wünschte er einen laufenden Kostenplan, der ihm nach der letzten Sitzung auch zugesichert worden sei, also eine Kostenaufstellung von Anfang an, wie die Kosten sich jetzt im Laufe der Zeit entwickelt haben, wie sie sich in der Zukunft sich entwickeln könnten, das möglichst auch nach bestimmten Gruppen aufgeteilt, Gewerke und Gewerkegruppen inklusive. Außerdem bräuchten sie natürlich auch eine Zeitschiene, wann die Arbeiten und die Planungsschritte dort vollzogen werden sollen.

Herr Gleß bat darum, das bilateral mit Herrn Kallenbach zu klären, damit niemand mutmaßen muss, was gemeint ist.

Er wolle am liebsten so wenig wie möglich in die Statik eingreifen. Je mehr man das tue, desto größer sei auch der Aufwand, da ingenieurtechnisch vorzugehen und am Marktplatz ein bisschen rumzudoktern. Eigentlich sei es sein Ziel, dass man das, was jetzt umgeplant wird, fußen lässt auf den derzeitigen statischen Verhältnissen.

Es werde eine neue Planung geben für den ersten Bauabschnitt, nicht für den zweiten Bauabschnitt.

Man müsse die Gewerke bearbeiten, die Schwierigkeiten im Zuge der Ausschreibung bereitet haben. Das seien das Ingenieurbauwerk und die Pflasterung gewesen.

Es gebe bestimmte Dinge, bei denen man sage, das ist fix. Und es gebe bestimmte Dinge, da müsse man überlegen, wie z. B. mit dem Pflaster umzugehen ist. Ursprünglich sei angedacht gewesen, das Pflaster auszutauschen, um da eine Homogenität herzustellen zu den oberen Bereichen. Fraglich sei nun, ob es reicht das irgendwie teilweise zu machen oder eine Grundreinigung macht. Fraglich sei auch, wie es mit der Bepflanzung aussieht, ob sie da bleiben kann, wo sie ist, oder ob man in die Statik eingreift, wenn man sie versetzt.

Das müsse leider alles noch mal angegangen werden. Es müsse möglichst rasch angegangen werden, aber natürlich auch gründlich.

Man werde noch eine dritte Möglichkeit haben. Aber diese müsse auch wahrgenommen werden. Daher habe man sich der beiden Ingenieurbüros bedient, die bereits an der ursprünglichen Planung beteiligt waren.

Der Vorteil sei, dass bereits ein Förderbescheid vorliegt dessen man sich noch bedienen kann.

Er bedauere, dass das so ist, aber er könne auch nichts für die Ausschreibungsergebnisse. Die Auftragsbücher der Firmen hier in der Metropolregion Rheinland seien voll.

Wenn ein Büro sich entscheiden soll, ob es eine Straße neu- oder umbaut, oder sich mit einem recht komplexen in die Jahre gekommenen Brückenbauwerk beschäftigt, aber nur gewisse Mitarbeiterkapazitäten dafür hat, dann sei klar, wie die Entscheidung ausfällt.

So sei es zu erklären, dass zwar Angebote eingegangen sind, einen Aufzug zu realisieren, für den die Fläche da ist und für den nichts großartiges umgebaut werden muss, aber gleichwohl keine wertbaren Angebote dafür vorliegen, wenn es darum geht, auf einem Brückenbauwerk das Pflaster auszutauschen.

Es sei kein Hexenwerk, aber komplizierter, als irgendwo eine Straße neuzubauen.

Herr Puffe fand es bedauerlich, zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass man jetzt mit dem KGP leider nicht so wie geplant, nach der 2. Ausschreibung weiterkomme. Es sei ein langer Prozess gewesen, diese Pläne abzustimmen. Aber da folge man natürlich der Argumentation der Verwaltung, dass die Auftragsbücher voll sind.

Man habe es jetzt mit der neuen Situation zu tun und er bitte darum, jetzt ziemlich rasch vorwärts zu kommen. Fraglich sei, bis wann das realisiert sein muss, um eben Fördergelder nicht zu verlieren. Der Bescheid sei ja nicht die nächsten 100 Jahre gültig.

Herr Gleß erläuterte, dass die Bindung des Förderbescheides fünf Jahre dauere. Das bedeute, dass man zeitlich nicht in Bedrängnis ist, wenn man die Planung auf neuere aktuellere Füße stellt. Der Förderbescheid sei aus 2018 plus ein Jahr, also sechs Jahre. Zeitlich sei das auskömmlich.

Herr Züll erinnerte, dass die FDP-Fraktion die Umbaumaßnahme Südstraße mitgetragen hat, obwohl sie davon nie so überzeugt war.

Wenn es wirklich darum gehe, den Radverkehr in diesem Bereich attraktiver zu machen und nicht viel Geld auszugeben, sei es vielleicht eine Überlegung, ob man probeweise mal eine Fahrspur der jeweils zwei Richtungsfahrbahnen für Radfahrer abmarkiert und die andere Fahrspur dann für den normalen sonstigen Verkehr belässt, bevor man irgendwie großartig etwas zurückbaut.

Man habe jetzt etwas mehr Zeit, so dass man vielleicht einen Probelauf machen kann, ob auch das funktioniert.

Jetzt mit großem Aufwand eine Straße zurückzubauen und dann in 20 Jahren vielleicht wieder auf neue Ideen zu kommen, sei ja auch nicht so optimal.

Herr Gleß sagte zu, dies prüfen zu lassen.

Frau Flottmann merkte an, davon ausgegangen zu sein, dass sich alle einig waren, zusammen zu kommen und zu besprechen, wie es weitergeht, wenn die Ausschreibung nicht zum gewünschten Ergebnis kommt. Es sei erkennbar, dass man sich über die politischen Grenzen darüber einig war und nicht, dass es vorher eine Pressekonferenz gibt. Sie sei der Ansicht, dass man jetzt umplanen muss. Aber wenn es jetzt wieder zu Schwierigkeiten kommt, dann müsse das erst im Ausschuss besprochen werden. Es hätten sich alle offen für eine Sondersitzung gezeigt, auch für eine nichtöffentliche Sitzung, um Dinge zu besprechen. Jetzt höre sie, es seien Externe beauftragt. Damit würden Kosten entstehen. Es sei ihr Verständnis, dass der Ausschuss dazu hätte gefragt werden müssen.

Außerdem sei es so, dass entsprechend dem Protokoll der letzten Sitzung in der nächsten Sitzung, also heute, der zuständige Fachbereich zu den Kosten berichten sollte. Man sei schon darüber im Zweifel gewesen, ob es sich auf das von Herrn Kallenbach Gesagte bezieht. Man habe aber auch keinen nichtöffentlichen Teil finden können, in dem das mal besprochen werden kann. Vielleicht könne man in der nächsten Sitzung einen nichtöffentlichen Teil einplanen oder eine Sondersitzung dann zu diesem Thema.

Herr Günther fragte nach, ob man gänzlich ausschließen kann, dass die Firmen nicht deswegen zurückgezuckt sind, weil es ein kompliziertes Gebilde ist, also eine mehrfach aufgeständerte Brücke.

Herr Gleß wiederholte, dass es sich beim KGP um ein komplizierteres Bauwerk handelt, als wenn es irgendwo darum gehe, eine Straße umzubauen.

Wenn eine Firma die Wahl hätte, etwas Komplexeres zu machen oder das Einfachere, und sie habe ein bestimmtes Kontingent an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, gewisse Strukturen, die nur gewisse Auftragsannahmen ermöglichen, dann entscheide sie sich im Zweifelsfall für das etwas leichtere.

Es sei eben ein Brückenbauwerk, und das sei etwas schwieriger zu bearbeiten als andere, leichtere Bauwerke. In Relation zu der konjunkturellen Situation sei das nun mal so.

Deswegen bekomme man auch bei anderen Bauwerken mitunter kaum Angebote rein, vor allem im Bereich des Hochbaus.

Das Jugendzentrum sei noch nicht mal besonders kompliziert, aber in Verbindung mit dem Altbau vielleicht schon. Da habe man ein einziges verwertbares Angebot bekommen.

Der Vorsitzende ging davon aus, dass die neuen Pläne sicherlich in der nächsten Zentrumsausschusssitzung, oder wenn die Verwaltung so weit ist, vorgestellt werden.

Man wisse doch genau, dass das, was zu tun ist, nicht einfach ist. Man könne darüber spekulieren, wie sich Handwerker oder Handwerksfirmen mit Subunternehmen verhalten. Das lese man, aber das könne man ihnen ja nicht unterstellen.

Insofern sei das für ihn nur Spekulation. Aber das Entscheidende sei eben, dass man jetzt gemeinsam eine Lösung sucht.

Das werde auf jeden Fall zu gegebener Zeit auf die Tagesordnung des Zentrumsausschusses genommen.

Frau Flottmann resümierte, dass die Komplikationen darin liegen, weil man in dieses Brückenbauwerk eingreifen muss, weil man den oberen Teil erweitern will.

Jetzt werde gesagt, dass das nicht zwingend für die Förderung ist. Die Erweiterung mache es aber umso schwieriger. Wenn man auf diesen Teil verzichten würde, wäre es viel einfacher. Dann könne man sagen, man verzichtet. Wenn man sich einig wäre, dann bräuchte man in die Richtung auch gar nicht weiter planen.

Frau Feld-Wielpütz bestätigte, dass es die Grünen gewesen sind, die immer von der Problematik „Statik“ gesprochen haben. Man habe lange diskutiert und sei am Ende froh gewesen, gemeinsam auf dem Weg zu sein. Es sei in der Tat so gewesen, dass gesagt wurde, „bitte informieren“, wenn es Probleme gibt. Sie sei auch nicht besonders begeistert gewesen, dies zwei Tage vor der Sitzung dem Generalanzeiger zu entnehmen. Sie habe viel Verständnis für Kommunikation, aber es wäre doch schön, frühzeitig informiert zu werden, mit einer Sondersitzung oder einer Information an die Fraktionen. Sie glaube, dann sei man auf einem

guten Weg. Das gehe auch einher mit dem 26.2., mit diesem Workshop. Da seien sie auch nicht informiert worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass der TOP 9 nun mit den vielen Punkten zur Kenntnis genommen wurde.